

Rentenstreit in der Union: Fraktionsführung droht Junger Gruppe mit „...

Matthias Böttger

Die Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erhöht den Druck auf die 18 Abgeordneten der Jungen Gruppe in Sachen Rentenpaket. Wie die *Focus*-Journalistin Alisha Mendgen auf X berichtet, spricht die Fraktionsführung ganz offen über „Verantwortung, Szenarien und Konsequenzen“, die die jungen Abgeordneten zu tragen hätten. Zuletzt hatte es noch geheißen, mehrere Vertreter der Jungen Gruppe könnten Teil der Rentenkommission werden, die im nächsten Jahr ein weiteres Reformpaket beraten soll.

Zu diesen „Konsequenzen“ soll auch die Vergabe von Listenplätzen zählen. Das ist das ultimative Druckmittel der Parteiführung gegenüber nicht direktgewählten Mitgliedern des Bundestags. Wer den Vorgaben von Partei- und Fraktionsspitze nicht folgt, kann dann dem nächsten Bundestag nicht mehr angehören. Das betrifft aber nur eine Minderheit der Mitglieder der Jungen Gruppe.

Für die Junge Gruppe hat der Vorsitzende Pascal Reddig, der ein Direktmandat aus dem hessischen Hanau hält, vergangene Woche das „Basta-Machtwort“ der Bundesregierung gegen ihre Einwände kritisiert. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, wollte sich eigentlich um eine Einigung mit den zahlreichen Abweichlern in der Sache bemühen. Am Freitag findet dazu – nach dem Koalitionsausschuss in der Nacht zuvor – eine Fraktionssitzung statt.

Änderungen an der Paketlösung, die ein höheres Rentenniveau, eine höhere Mütterrente und Steuervorteile für verrentete Arbeitnehmer beinhaltet, lehnt die Bundesregierung rundweg ab. Die Junge Gruppe fordert eine Absenkung des Rentenniveaus nach 2031 nach den derzeit gesetzlich festgelegten Regeln. Rentensenkungen soll es auch nach dem Willen der jungen Unionsabgeordneten nicht geben. Ihr Vorschlag liefe aber darauf hinaus, dass nach dem Ende der „Haltelinie“ beim Rentenniveau von 48 Prozent im Jahre 2031 eine jährliche Rentenerhöhung ausfallen müsste.

Die Kosten der Pläne von Bärbel Bas, die nach Ansicht der Jungen Gruppe über Vereinbarungen des Koalitionsvertrages hinausgehen, betragen etwa 15 Milliarden Euro pro Jahr. Dieser Betrag würde dauerhaft anfallen – wenn keine weitere Reform der Rentenformel erfolgt.
